

# Zahl neuer Flüchtlinge sinkt

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/donaueschingen-2024-01-27-epa-90921/?interactivelayer=4221653>

- Weniger Migranten suchen Schutz in Deutschland
- Regierung hofft, dass die Tendenz anhält
- Union warnt vor übereilten Schlussfolgerungen

**Berlin** (chg/bju) Die Wintermonate sind in der Flüchtlingskrise eine Verschnaufpause für Kommunen, Betreuer und Helfer. Weniger Menschen suchen Schutz in Deutschland. Im Dezember stellten nur 23 025 Geflüchtete einen Asylantrag bei den Behörden, zehntausend weniger als im November. Es war einer der niedrigsten Monatswerte im alten Jahr. Im Winter ist die Flucht noch gefährlicher, insofern folgt der Trend dem Muster der vergangenen Jahre. Doch die Bundesregierung hofft darauf, dass die Entwicklung anhält. „Auf jeden Fall ist es das Ziel, dass die irreguläre Migration sinken soll“, erklärte die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Hoffmann am Freitag.

Die Ampel-Koalition hat erhebliche politische Energie darauf verwendet, dass die Zahlen fallen. Viele Städte und Gemeinden wissen nicht mehr, wie sie die Flüchtlinge unterbringen sollen. Es fehlt an Wohnungen, Kindergärten, Plätzen und Lehrern. Den Zustrom ab-

auf die sich die Mitgliedstaaten geeinigt haben. Die Verschärfung soll noch vor der Europawahl im Sommer greifen. Außerdem versucht die Bundesregierung mit hohem diplomatischen Aufwand, Migrationsabkommen mit anderen Ländern zu schließen. Solche Abkommen wurden bereits mit Georgien geschlossen und erst kürzlich mit



*„Auch wenn der Rückgang in diesem Dezember deutlich ausfällt, kann keinesfalls Entwarnung gegeben werden.“*

**Thorsten Frei, CDU-Politiker**

Marokko. „Das ist für uns sehr wichtig“, sagte der Bevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp, diese Woche bei einem Besuch in der marokkanischen

der internationalen Migrationspolitik habe. Der FDP-Mann kündigte weitere derartige Partnerschaften an. Deutschland befindet sich unter anderem in Gesprächen mit Kenia, Moldau, Usbekistan und Kirgistan.

Gemeinsam mit den Bundesländern hat sich der Bund im November außerdem darauf geeinigt, mehr abgelehnte Asylbewerber außer Landes zu bringen. Bundeskanzler Scholz hatte die Devisen ausgeben, dass mehr abgeschoben werden müsse. „Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen wirken“, erklärte nun das Bundesinnenministerium.

Die Union warnte davor, aus dem Winter-Rückgang vorschnell einen Trend abzuleiten. „Auch wenn der Rückgang in diesem Dezember deutlich ausfällt, kann keinesfalls Entwarnung gegeben werden“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer von CDU und CSU im Bundestag, Thorsten Frei. Vor allem die rasant steigende Zahl von Asylanträgen türkischer Staatsbürger beunruhigen ihn. Mit mehr als 60 000 Anträgen machen Flüchtlinge aus dem Nato-Partnerland inzwischen die zweitgrößte Gruppe hinter den Syrern aus. Im vergangenen Jahr haben